01.07.2021

Niederschrift 003/2021

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kreis- und Regionalentwicklung

am 02.06.2021 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.001-C.003

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Olaf Lauschner

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Brigitte Cziesho

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Frau Sigrid Reihs

Abwesend ab 17.30 Uhr

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Frau Annette Maria Thomae

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annette Droege-Middel

Frau Claudia Gebhard

Vertretung für Herrn Pufke

Herr Martin Niessner

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Markus Rusche

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Herbert Goldmann

Herr Thomas Möller

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Dr. Gerrit Heil

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE - UWG-Selm

Herr Friedhelm Schaumann

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Andreas Dahlke

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Ludwig Holzbeck, Dezernent | Dezernat II

Frau Sabine Leiß, Sachgebietsleiterin 60.4

Frau Andrea Gebauer, Büro LK | Schriftführerin

Gäste

Herr Dr. Michael Dannebom | Geschäftsführer WFG

Frau Isabel Rulff | WFG

Frau Dr. Marita Pfeiffer | Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur

Frau Ursula Mehrfeld | Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Jens Schmülling

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Marco Morten Pufke

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Ute Brettner

Vertreten durch Herrn Dr. Heil

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE - UWG-Selm

Frau Katja Wohlgemuth

Vertreten durch Herrn Schaumann

Sachkundige Bürger/innen GFL + WfU

Herr Sven Arnt

Herr Lauschner begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 20.05.2021 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Kreis – und Regionalentwicklung fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1	Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung für den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kreis- und Regionalentwicklung
Punkt 2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 3	Welterbe-Projekt „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“
Punkt 3.1	Vortrag von Frau Dr. Pfeiffer von der Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur
Punkt 3.2 002/21/1	Welterbe-Projekt „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“
Punkt 4	5-Standorte-Programm Kohleregionen
Punkt 4.1	Bericht über die RWI-Indikatorik und die Bund-Ländervereinbarung Bericht von Herrn Dr. Dannebom
Punkt 4.2 109/21	5-Standorte-Programm Kohleregionen - Beschluss über ausgereifte Projekte

Punkt 5 086/21 Gründung der Projektgesellschaft Zukunft Kreis Unna mbH

Punkt 6 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung für den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kreis- und Regionalentwicklung

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Andrea Gebauer für den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kreis- und Regionalentwicklung zur Schriftführerin bestellt.

Als stellvertretende Schriftführerinnen werden Frau Annika Schönfeld, Frau Susanne Kronenberg und Frau Silke Schmücker bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 Welterbe-Projekt „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“

Punkt 3.1 Vortrag von Frau Dr. Pfeiffer von der Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur

Erörterung

Anhand einer PowerPointPräsentation erläutern Frau Dr. Pfeiffer und Frau Mehrfeld von der Stiftung Industriedenkmalpflege das Welterbeprojekt (Anlage 1).

Herr Dr. Heil weist anschließend darauf hin, dass es in der Gemeinde Bönen Kohlehalden gebe, die in den Unterlagen nicht gelistet seien. Frau Dr. Pfeiffer sagt eine Korrektur zu.

Des Weiteren möchte Herr Dr. Heil wissen, wie mit renaturierten Flüssen umgegangen werde, z.B. ob der Rückbau der Begradigung eines Flusses noch als vorhandener Trassenverlauf gelte oder ob dadurch gegen die Richtlinien der UNESCO verstoßen werde.

Frau Mehrfeld erklärt darauf hin, dass es in dieser Region bei dem sog. OUV (Outstanding Universal Value) um die Verbindungen, also das Netz gehe und dass dies gewahrt bleiben müsse. Alles andere spiele dabei keine Rolle. Zukünftige Entwicklungen blieben dadurch möglich, ergänzt Frau Mehrfeld. Es handele sich bei der Aufnahme als Weltkulturerbe auch nicht um Denkmalschutz.

Herr Goldmann greift die Frage von Herrn Dr. Heil auf und erkundigt sich nach den möglichen Einschränkungen in den jeweiligen städtebaulichen Entwicklungen, falls die Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet als Weltkulturerbe anerkannt würde.

In anderen Städten habe man diesbezüglich Schwierigkeiten bekommen, z.B. in Köln oder Dresden.

Frau Dr. Pfeiffer führt an dem Beispiel Dresden aus, welche Kriterien dazu führen könnten, dass das Welterbe aus dem Katalog gestrichen werden könnte. Die Werte der nun zur Beschlussfassung anstehenden Region seien jedoch ganz andere, nämlich „Transport“, „Verkehr“, „Netze“, also robuste Werte, die belastbar seien und weitreichende städtebauliche oder landschaftliche Veränderungen zuließen.

Für die Prüfung und Sicherstellung der Einhaltung der jeweiligen Werte, so Frau Mehrfeld, müsse ein Koordinierungsbüro installiert werden. Dies könne ihre Stiftung, die Industriedenkmalpflege, übernehmen. Diese könne dann auch die Kommunikation zwischen der Region und der UNESCO bzw. der ICOMOS, dem Internationalen Rat für Denkmalpflege übernehmen.

Herr Klostermann fasst die bisherigen Fragen unter dem Begriff, mögliche „negative Auswirkungen“ zusammen. Ihm gehe es aber darum, welche positiven Auswirkungen - auch materiell gesehen- das Welterbe für die Region entfalten könne.

Als Antwort fasst Frau Dr. Pfeiffer kurz die Genese des Projektes zusammen und weist insbesondere auf neue touristische Konzepte hin. Es gehe darum, die Menschen für dieses Projekt zu begeistern und auf dem Wege dahin „mitzunehmen“. Dies könne u.a. durch Bildungsprojekte erfolgen.

Es gebe im Ruhrgebiet 13 UNESCO-Projektschulen, die die Internationalität der Projekte sicherstellten, die Werte der UNESCO vermittelten und die Menschen ermunterten, sich daran zu beteiligen.

Wobei dies teilweise zum Teil gar nicht nötig sei, da von Seiten der Schulen große Initiative sichtbar werde.

Bei den Bahnen, Flüssen und Kanälen müssten Konzepte über Orte, Vernetzung etc. entwickelt werden.

Herr Holzbeck weist darauf hin, dass durch die Einbeziehung einer Schwerter Siedlung eine Bahntrasse in den Bereich einbezogen werde, die den Kreis Unna tangiere und bittet Frau Dr. Pfeiffer, ihm die entsprechende Trasse zu benennen. Das sagt Frau Dr. Pfeiffer zu.

Herr Krammenschneider-Hunscha weist auf die Relevanz des Themas Mobilität hin, was auch durch dieses Projekt deutlich werde. Mobilität müsse in einem Verbundsystem gesehen werden. Bezüglich der Bedenken von Herrn Klostermann zu etwaigen nachteiligen Auswirkungen durch dieses Projekt sehe er diese für den Kreis Unna als überschaubar an.

Frau Leißer ergänzt, dass es sich bei der von Herrn Holzbeck erwähnten Bahntrasse wahrscheinlich um die Strecke Unna-Hamm handele.

Punkt 3.2 002/21/1 Welterbe-Projekt „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“

Erörterung

Herr Holzbeck ergänzt die Drucksache 002/21/1 dahingehend, dass es bereits acht positive Voten zu dem Projekt aus den kreisangehörigen Städten und Gemeinden gebe.

Außer der Stadt Unna seien alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden von dem Projekt tangiert, wenn auch teilweise nur peripher. Nachdem im Herbst 2020 die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförde-

stehe aus Vertreter*innen der Bezirksregierung, der Business Metropole Ruhr (BMR), dem Landrat, der stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der WFG, und ihm selbst, also dem Geschäftsführer der WFG. Die Wünsche der Politik bezüglich der Informationen seien auch in dieses Gremium getragen worden.

Dieses Gremium versuche zu ermitteln, ob das einzelne Projekt voraussichtlich den Vorgaben der RWI-Indikatorik entsprechen werde. Die Projekte aus Lünen hätten diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so dass diese nicht mit einbezogen werden konnten.

Herr Krammenschneider-Hunscha erwähnt, dass das Verfahren sehr komplex sei und es sich seine Fraktion deswegen auch ausführlich habe erläutern lassen. Er könne den Vorwurf von Herrn Goldmann hinsichtlich einer Intransparenz daher nicht nachvollziehen.

Des Weiteren solle man die grundsätzlichen Fragen trennen von der Frage zu den einzelnen Projekten, z.B. denen in Lünen.

Drittens sollten die Fraktionen festlegen, wer sich dort jeweils mit diesem komplizierten Verfahren beschäftige. Es sei nicht jeder „vom Fach“ und könne diese Dinge beurteilen. Es hätten sich schon viele Fachleute mit dem Thema beschäftigt und eine Ablehnung von Projekten, z.B. lediglich wegen des Titels des Projektes sei nicht im Interesse des Kreises.

Herr Goldmann erhält daraufhin die Gelegenheit der direkten Antwort und kritisiert erneut, dass die Fraktionen seit Beginn der Diskussion im Jahr 2019 die Projekte nur „abnicken“ durften. Eine Einordnung hinsichtlich der Zielsetzung, z.B. ob es sich um ein soziales, ökologisches, wissenschaftliches oder wirtschaftliches Projekt handele, sei aus Sicht seiner Fraktion möglich und machbar. Man solle dem Gremium nicht seine berechnete Handlungskompetenz nehmen.

Herr Dahlke räumt ein, dass es seiner Fraktion nicht darum gehe, einzelne Projekte zu verhindern.

Herr Klostermann wendet sich an Herr Dahlke und stellt klar, dass es nicht Aufgabe des Kreises Unna sei, eine Priorisierung vorzunehmen, sondern vielmehr eine Prüfung, ob die vom RWI vorgegebenen Kriterien von dem einzelnen Projekt erfüllt würden und ob sie „reif“ seien, um an den Strukturstärkungsrat weitergeleitet zu werden.

Herr Lauschner ergreift das Wort und ergänzt, dass es hier kein „Windhundprinzip“ gebe, sondern die Reife eines Projektes entscheide, und die Beurteilung über die Projekte woanders erfolge.

Herr Dahlke erklärt, dass ihm die diesbezüglichen Ausführungen von Herrn Dr. Dannebom auch bereits vollkommen ausgereicht hätten.

Frau Schmeltzer-Urban lobt ausdrücklich die Erläuterungen von Herrn Klostermann und schließt sich den Bemerkungen vollinhaltlich an. Des Weiteren lobt sie die Qualität und die Bandbreite der Projekte.

Herr Dr. Dannebom weist abschließend ergänzend auf das Regionale Entwicklungskonzept hin, in dem die einzelnen Handlungsfelder und die jeweiligen Ziele dargestellt seien. Die Projekte des 5-Standorte-Programms hätten diesen Zielen zu dienen. Hierbei gäbe es hinsichtlich der Ziele eine Schwerpunktbildung, z.B. stehe das Ziel „Bildung“ sehr weit oben.

Erörterung

Herr Dr. Dannebom stellt das Projekt DigitalE anhand einer PowerPointPräsentation (Seiten 8 – 17 der Anlage 2) vor.

Herr Schaumann möchte anschließend wissen, ob es Ziel des Projektes sei, dass Beschäftigte den Niedriglohnsektor verlassen könnten, indem sie sich höher qualifizieren oder ob es lediglich um die Sicherung von Arbeitsplätzen gehe. Herr Dr. Dannebom erläutert daraufhin, dass digitale Kompetenzen heutzutage für jeden Arbeitsbereich wichtig seien, um so einerseits überhaupt einen Arbeitsplatz zu bekommen, sich andererseits aber auch in bestehenden Beschäftigungsverhältnissen höher zu qualifizieren.

Herr Dr. Dannebom bestätigt die Frage von Frau Gebhard, ob „echte“ Maschinen errichtet werden, an denen die Menschen ausgebildet würden. Man schaffe so bereits in der Qualifizierung „echte“ Werte. Die Bedienung der Geräte ähnele oft der Bedienung einer App. Die Programmierung der Anlagen liege jedoch in der Prozesssteuerung, für die andere Kompetenzen benötigt würden.

Die Frage von Herr Rieke bezüglich der Einbindung von Partnern aus der Wirtschaft beantwortet Herr Dr. Dannebom mit der Hoffnung, dass alle Partner „bei der Stange blieben“. Dafür sei geplant, regelmäßig tagende Arbeitskreise zu installieren, um den Informationsfluss sicherzustellen.

Auf die Nachfrage von Herrn Schaumann, ob es sich bei den 300 Arbeitsplätzen, die durch das Projekt geschaffen werden würden, um tarifgebundene Arbeitsplätze handeln werde, stellt Herr Dr. Dannebom klar, dass die 300 Arbeitsplätze nicht im Zusammenhang mit dem Projekt DigitalE stünden, sondern man gehe in einem Zeitraum von fünf Jahren von 1850 Personen aus, die dadurch einen Arbeitsplatz (als indirekte Wirkung) erhalten würden, bzw. 100 Personen pro Jahr (als direkte Wirkung) aus.

Dann stellt Frau Rulff das Projekt SCNCWAVE/SURFWRLD anhand einer PowerPointPräsentation (Seiten 18 – 30 der Anlage 2) vor.

Im Anschluss beantwortet sie Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Frage von Herrn Schaumann, woher die in den Unterlagen erwähnte Formel für die Berechnung für die durch das Projekt geschaffenen Arbeitsplätze stammt, vermag Frau Rulff nicht zu erklären.

Herr Goldmann erkundigt sich, ob die beiden Einrichtungen auch einzeln oder nur im Zusammenhang miteinander existieren könnten.

Frau Rulff erläutert, dass es Planungen für eine ähnliche, jedoch kleinere Anlage ohne den Forschungsbereich in Krefeld gäbe, die Entwickler aber selbst vor diesem Hintergrund keine Bedenken bezüglich der Wirtschaftlichkeit und Nutzungsgrad der zur Entscheidung anstehenden Anlage hätten.

Diesbezüglich meldet Herr Goldmann Zweifel an. Anlagen in einer derartigen Nähe zueinander würden sich selbstverständlich hinsichtlich des Einzugsbereichs beeinflussen. Gerade bei Trendsportarten habe man in der Vergangenheit feststellen können, dass so ein Boom auch schnell „abebben“ könne. Man müsse bei den Erwartungen und Prognosen realistisch bleiben. Offene Fragen müssten vor einer Entscheidung geklärt werden. Deshalb meldet Herr Goldmann Beratungsbedarf zu den beiden Tagesordnungspunkten an.

Herr Rieke akzeptiert zwar den Beratungsbedarf, bedauert aber, dass in diesem Fachausschuss keine Entscheidung über die Projekte getroffen würden.

Herr Krammenschneider-Hunscha wirft die Frage auf, was bis zum Kreistag passieren werde, so dass dann dort über die Projekte entschieden werden könnte.

Herr Goldmann erwidert, dass das Zeitfenster für die Beschäftigung mit der Drucksache vor der Ausschusssitzung sehr kurz gewesen sei und deshalb Beratungsbedarf bestehe.

Der Ausschuss ist damit einverstanden, die Beschlussfassung der Drucksache auf die Sitzungen des Kreis-ausschusses und des Kreistags am 21./22.06.2021 zu verschieben.

Punkt 5 086/21 Gründung der Projektgesellschaft Zukunft Kreis Unna mbH

Erörterung

Herr Holzbeck führt aus, dass die organisatorische Abwicklung des 5-Standorte-Programms die Gründung einer Projektgesellschaft erforderlich mache, da die WFG entweder als Antragstellerin oder als Beurteilerin der Projekte auftreten könne. Die neue Gesellschaft solle deshalb aus der WFG herausgelöst werden. Für sechs Mitarbeitende könnten für vier Jahre Fördermittel abgerufen werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Dahlke bekräftigt Herr Holzbeck, dass die Vorlage auch im Ausschuss für Finanzen und Konzernsteuerung beraten werde und - da sie eine fachbezogene Gesellschaft betreffe - sie auch in dem (Fach)-Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kreis – und Regionalentwicklung behandelt werde.

Sowohl Frau Droege-Middel als auch Herr Krammenschneider-Hunscha melden für ihre Fraktionen Beratungsbedarf an, da der Gesellschaftsvertrag relativ kurzfristig vorgelegt worden sei und noch offene Fragen von der Verwaltung beantwortet werden müssten.

Herr Lütschen möchte weitere Erläuterungen von der Verwaltung zu Punkt 2 der Drucksache 086/21 hinsichtlich der dort erwähnten möglichen Änderungen des Gesellschaftsvertrages.

Herr Holzbeck führt aus, dass sich diese Änderungen nicht auf die substantiellen Regelungen des Gesellschaftsvertrages beziehen würden, sondern es sich dabei nur um Formalitäten handeln könnte.

Diese Dinge würden jedoch im Ausschuss für Finanzen und Konzernsteuerung behandelt bzw. in der Kommunalaufsicht geprüft.

Der Ausschuss ist damit einverstanden, die Beschlussfassung der Drucksache auf die Sitzungen des Kreis-ausschusses und des Kreistags am 21./22.06.2021 zu verschieben.

Punkt 6 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung ergeben sich nicht.

Herr Rusche regt an, in der Mandatos-App die Möglichkeit einzurichten, Bemerkungen zu den Tagesordnungspunkten zu ermöglichen.

Die Verwaltung sagt Prüfung der Angelegenheit zu.

Anlagen

Anlage 1: PowerPointPräsentation „Welterbeprojekt“

Anlage 2: PowerPointPräsentation „5-Standorte-Programm“

gez. Andrea Gebauer
Schriftführerin

gez. Olaf Lauschner
Vorsitzender